

Denkwürdigkeiten



Journal der
Politisch-
Militärischen
Gesellschaft

Nr. 31
Juli
2006

Herausgegeben vom Vorstand
der Politisch-Militärischen Gesell-
schaft e.V. (pmg) in Berlin

ISSN 1436-3070

LEADOFF

Liebe Mitglieder,

nicht nur unsere Sicherheit ist vernetzt, sondern auch unsere Prosperität. Risikofrei sind beide nicht zu haben. Risikoscheu führt zu Innovationsblockade und letztlich Systemkollaps. Dies hat uns Herfried Münkler am 15. Juni durchaus überzeugend vermittelt. Deswegen ist es wichtig und richtig, interdisziplinär und zukunftsorientiert Ansätze und Methoden der Risikobeherrschung zu untersuchen, zu bewerten und zu vermitteln.

Die Auseinandersetzungen zwischen der Hisbollah und Israel gehören zu den Risiken, die es zu beherrschen gilt. Dies gilt vorrangig für die Existenz und die Zukunft der betroffenen Menschen in der Region. Schon lange belastet dieser Konflikt aber auch – über die Flüchtlinge, über die Bewaffnung der Region und Terrorismus, schließlich auch über die globalen Energiemärkte – die Sicherheit und Prosperität angrenzender und entfernter Regionen.

In ihrem Beitrag zeigen Pascal Ditté und Peter Roell anhand von drei signifikanten Fällen, dass es in der Vergangenheit in erster Linie politische Faktoren waren, die zu Ölpreisschocks führten. Sie halten es mittel- und langfristig für durchaus wahrscheinlich, dass politische Entwicklungen in der strategisch so bedeutsamen Region des Mittleren Ostens eine erneute Ölkrise auslösen können. Sie fordern eine umsichtige, weit-sichtige deutsche und europäische Politik – ebenso wie Rainer Gepperth, der in seinem Beitrag schnörkellos verdeutlicht, was uns Lateinamerika im 21. Jahrhundert angeht.

Ralph Thiele, Vorstandsvorsitzender

In dieser Ausgabe

1 Zukunft riskieren

von *atlanticus*

2 An Israels Seite

von Dr. Peter Roell

3 Past oil price shocks: Political background and economic impact. Evidence from three cases

von Pascal Ditté und
Dr. Peter Roell

11 Lateinamerika im 21. Jahrhundert

von Dr. Rainer Gepperth

THEMEN

Zukunft riskieren

Anmerkungen zum pmg-
Expertengespräch mit Professor
Dr. Herfried Münkler am 15. Juni
2006

Gesellschaften, die primär in Sicherheitskategorien und Systemen der Zwangsversicherung denken, werden von kollektiver Risikoscheu erfasst. Ihre Sicherheitshypertrophie führt zu eingeschränkter Lernfähigkeit, zu immer größeren Innovationsblockaden, am Ende zum Systemkollaps. Wer nicht wie die DDR enden, sondern Zukunft gewinnen will, der muss endlich begreifen, dass Zukunftsgefahren nur als kalkuliertes Risiko zu beherrschen sind.

Für einen neuen Stil

Verlauf und Ergebnisse der Koalitionsdebatte über die Krankenversicherung haben einmal mehr den Zustand unserer Republik vor Augen geführt. Keine Frage: Mit einem Regierungsstil ohne strategische Orientierung wird Deutschland die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts nicht meistern.

Was also tun? Sollen wir uns wie die Florentiner Gesellschaft im

Pestjahr 1348 aufs Land begeben? Sollen wir uns dort mit Gedankenspielen die Zeit vertreiben? Oder sollen wir versuchen, jeder auf seinem Posten, einen Beitrag zur Überwindung der Systemkrise unserer Republik zu leisten?

Aus historischer Erfahrung lernen

Herfried Münkler, akademischer Vordenker der Humboldt-Universität, setzt auf Mut und Entschlossenheit. Krisenüberwindung hat, das lehrt ihn die historische Erfahrung, eine Veränderung gesellschaftlicher Eliten zur Voraussetzung. Nicht Beichtväter, sondern politische Berater führten Florenz aus der tiefen Krise der Pest. Großkaufleute und Juristen – nicht Theologen – formulierten eine neue politische Agenda, führten in vollem Bewusstsein der politischen und ökonomischen Risiken und Chancen die florentinische Republik zu Wohlfahrt und Macht.

Ein neues Projekt für Berlin

Weder der Streit der Fakultäten noch der Zwist der Bundesresorts oder mediale Scheindisputationen tragen im Berlin des 21. Jahrhunderts zur Erneuerung bei. Berlin braucht vielmehr, so Münklers überzeugender Vorschlag, einen wirkungskräftigen akademischen Forschungsverbund, der im Zentrum der Hauptstadt das Thema "Sicherheit und Risiko" in grundlegender Weise neu und für die Gesellschaft weiter denkt.

Münkler erläuterte, wie in enger institutioneller und räumlicher Verbindung mit der Humboldt-Universität – etwa im Kronprinzenpalais – ein solches geisteswissenschaftlich ausgerichtetes Forschungszentrum entstehen kann. Es soll interdisziplinär und fachübergreifend zukunftsorientierte Ansätze und Methoden der Risikobeherrschung untersuchen, bewerten und lehren.

Zukunftschance

Die von Münkler detailliert vorgestellten Organisationsstrukturen und ihre wissenschaftliche Aufgabenstellung sind neu, anregend und trotz ihres primär akademischen Ansatzes von unmit-

telbarer Praxisrelevanz. Strategie ist nicht Planung, sondern das zweckgerichtete Nutzen von Gelegenheiten. Münklers Vorhaben ist eine solche Zukunftschance – für Berlin und Deutschland. Sie verdient energische Unterstützung, auch und nicht zuletzt von Seiten der Wirtschaft. Die Republik braucht endlich konkrete Projekte, die geistig über eine vordergründige und kurzfristige Sanierung der Zwangsversicherungssysteme hinausweisen.

atlanticus

THEMEN

An Israels Seite

In einem kürzlich erschienenen Interview mit dem SPIEGEL (Nr. 30/2006) stellt Verteidigungsminister Franz Josef Jung die deutsche Position hinsichtlich der israelischen Kampfhandlungen im Libanon klar heraus: *"Wir stehen an der Seite Israels. Das Land ist angegriffen worden und hat sich jetzt zur Wehr gesetzt. Alle Beteiligten im Nahen Osten müssen das Existenzrecht Israels achten; und er fährt fort: Leider müssen wir sehen, dass Israel durch sein Umfeld in seiner Existenz bedroht ist."*

Mit dieser diplomatischen Formulierung vermeidet es der Minister, den Hauptdrahtzieher hinter den Attacken des militanten Arms der Terrororganisation Hisbollah, nämlich die Regierung im Iran, beim Namen zu nennen. Diese hat über Jahre hinweg große Summen in den Aufbau der Organisation, in Waffenlieferungen, in Kommunikationseinrichtungen und in Ausbildungsmaßnahmen der Hisbollah im Libanon investiert, wobei Syrien ebenfalls Ausrüstungs- und Ausbildungshilfe gewährte.

Die Hisbollah hat diesen Krieg mit Israel über Jahre hinweg vorbereitet, umfangreiche Bunkeranlagen im Süden des Libanons errichtet, Waffen- und Munitionslager angelegt, im Bekaa-Tal und im Gebiet südlich von Beirut entsprechende Stellungen aufgebaut. Sie scheute auch nicht davor zurück, mitten in Wohngebieten Waffen- und Munitionsdepots

anzulegen, die nun zum Ziel israelischer Luftwaffeneinsätze werden und natürlich unsägliches Leid über die Zivilbevölkerung im Libanon bringen.

Ausschlaggebend für das militärische Vorgehen der Israelis gegen die Hisbollah war nicht in erster Linie die Freilassung von zwei entführten Soldaten zu erwirken, sondern der am 13. Juli 2006 erfolgte Raketenangriff auf Haifa. Die Hisbollah stellte damit unter Beweis, dass sie in der Lage ist, weit reichende militärische Initiativen zu ergreifen und israelisches Kernland empfindlich zu treffen. Für Israel waren deshalb militärische Gegenmaßnahmen – und das wusste die Führung in Teheran, als sie der Hisbollah grünes Licht für derartige Angriffe gab – unabdingbar.

Was könnten nun die militärischen Ziele der Hisbollah sein? Zunächst dürfte es für sie darauf ankommen, die israelischen Streitkräfte im Süden des Libanon – unter Nutzung ihrer Bunker- und Waffensysteme – in Kräfte zehrende Kampfhandlungen zu verwickeln, bei Fortsetzung der Raketenangriffe auf israelisches Kerngebiet. In einem zweiten Schritt könnte sie versuchen, nachdem die Israelis tiefer in den Libanon einmarschiert sind, die Versorgungslinien der Streitkräfte anzugreifen und zu unterbrechen, und in einem dritten Schritt wird die Hisbollah vermutlich von einer konventionellen Kriegführung in die asymmetrische übergehen, um verbleibende israelische Truppen im Libanon in einen Abnutzungskrieg zu verwickeln.

Mit der jüngsten Einberufung von bis zu 5.000 Reservisten unterstreicht Israel, dass man sich auf schwere Kampfhandlungen mit der Hisbollah einstellt. Die israelischen Streitkräfte haben zunächst die Aufgabe, die Raketenstellungen der Hisbollah zu identifizieren und zu vernichten, so dass die Gefährdung israelischer Städte mit diesen Waffensystemen unterbleibt. Dies ist nur mit robusten Heeresstreitkräften machbar. Ferner müssen sie bis ins Bekaa-Tal vorstoßen, da sich dort die Hauptbasen und wichtige Infrastruktureinrichtungen der Hisbollah befinden, und letztend-

lich müssen sie die Kampfhandlungen gegen Stellungen der Hisbollah im südlichen Beirut fortführen und erfolgreich beenden. Israels Strategie muss es dabei sein, die Infrastruktur und die künftigen Operationsmöglichkeiten der Hisbollah auf Jahre zu schwächen.

Ob es zu Kampfhandlungen Israels mit Syrien kommen wird, hängt von Entscheidungen der Regierung in Damaskus ab. Die israelische Regierung ist bemüht, dies zu vermeiden. Sollte Syrien allerdings die Hisbollah in den kommenden Wochen aktiv mit Waffenlieferungen und anderen militärischen Maßnahmen unterstützen, ist nicht auszuschließen, dass Israel zur Eröffnung einer weiteren Front gezwungen sein wird.

Die Aussage des libanesischen Parlamentspräsidenten Nabih Berri vom 23. Juli 2006, dass die

radikalislamische Hisbollah-Organisation bereit sei, mit Israel auf indirektem Wege über einen Gefangenenaustausch zu sprechen, gehört eher in den Bereich taktischer Winkelzüge und sollte von den wirklichen Zielen der Hisbollah nicht ablenken. Auch der Ruf nach einem umgehenden Waffenstillstand ist ehrenwert, politisch zurzeit aber völlig unrealistisch.

Politisches Ziel muss es sein, Rahmenbedingungen zu schaffen, die nachhaltige Sicherheit garantieren. Mit einer militanten Hisbollah im Libanon, die jederzeit von Iran oder Syrien instrumentalisiert werden kann, macht dies keinen Sinn. Ein angestrebter Waffenstillstand wird vermutlich erst dann realisierbar, wenn die Entscheidungen auf dem Gefechtsfeld im Libanon gefallen sind, und das kann noch mehrere Wochen dauern.

Zwischenzeitlich braucht Israel vielfältige Unterstützung der westlichen Demokratien, sei es im politischen, wirtschaftlichen, militärischen oder im Intelligence Bereich. Dabei darf der Westen das Leid der Bevölkerung im Libanon, aber auch das der Palästinenser, nicht aus dem Auge verlieren. Zur uneingeschränkten Unterstützung der westlichen Demokratien für Israel gehören somit auch der kritische politische Dialog mit Freunden und der Hinweis auf Wahrung der Verhältnismäßigkeit beim Einsatz militärischer Mittel im Libanon.

Stand: 24. Juli 2006

Dr. Peter Roell, Berlin

Dr. Peter Roell ist Präsident des Instituts für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) in Berlin.

Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Verfassers wieder.

THEMEN

Past oil price shocks: Political background and economic impact. Evidence from three cases

Key considerations

- The last two oil price shocks in 1974 and 1979, as well as the sharp price increase at the beginning of the 1990s, were not really rooted in a narrow economic sense of supply and demand, but to a larger extent in security-related political developments.
- The first oil crisis was triggered by the Yom-Kippur War, the second by the revolution in Iran and the war with neighboring Iraq, and the third oil price peak examined was triggered by the annexation of Kuwait and the Gulf War.
- These led to pressure on supply, market mechanisms, and to a certain extent psychological factors that influenced oil price developments.
- The outcome was similar, depending on the size of the price increase and its duration: declining GDP, increasing inflation and rising unemployment, not to mention budgetary effects.
- Oil price developments since 2003 have spurred a discussion about a "new oil crisis", which would be different from previous crises, because it would not be supply-driven, but mainly demand-driven, especially by China and India.
- This rising demand has in turn impacted upon supply and market mechanisms, with rising prices as one of the results.
- Demand from these two countries has indeed significantly increased and has largely contributed to the high prices. Psychological factors have also played a key role.
- Political developments over the last three years, for example the situation in Iraq and terrorist attacks in Saudi Arabia, have also influenced the increase in prices.
- Other issues include the tensions in Nigeria, which is the largest oil producer in Africa, and tensions between the USA and Venezuela, which provides about 15% of US oil imports.
- The ongoing political crisis with Iran, which has very openly threatened to use the "oil weapon", drawing parallels with the first and second oil price shocks, will remain of high concern.
- In the medium- and long-term it is likely that political developments in the strategically-important Middle East could trigger a new oil crisis. German and European foreign and economic policy-makers would be wisely advised to take action in order to prepare themselves for this scenario.

Introduction and basic assumptions

Purpose of this research paper

The topic of this paper is to examine the basic relationship between oil price developments and economic crises. The research will be conducted on the basis of three significant past events which had deep economic impact: the OPEC oil embargo (also known as the "first oil price shock"), the Islamic revolution in Iran ("second oil price shock") and the oil price developments before and after the Gulf War of 1991.

Several central questions will be addressed in this research paper:

- How were the three crises characterized?
- What were the economic repercussions?
- Do the results matter for future developments?

The first part of the paper will provide a basic introduction to the issue. It contains an outline and the theoretical framework of this paper. Furthermore, general implications about the importance of the oil price as a determining factor for macroeconomic developments will be given here. An overview of the "big picture" in terms of past oil demand, supply and prices as well as global economic developments in the long term conclude this chapter.

The second part deals with the impact of the OPEC oil embargo of 1973, which resulted in a severe economic crisis also known as the "first oil price shock". The global economic environment in which this crisis occurred will be examined, as well as the political background which triggered this development. The consequences for both oil price and demand and supply, as well as the economic impact on worldwide growth and other measurable factors will be examined.

The third part provides an analysis of the impact of the Islamic Revolution of 1979 in Iran, which, as a political trigger, led to skyrocketing oil prices with tremendous consequences. The overall political and economic develop-

ment in which this critical event took place as well as the impact on the world economy is the main points of this chapter.

The fourth part offers an investigation of the impact of the Gulf War of 1991 on the worldwide economy. As before, the overall environment prior to the event will be examined as well as the developments during and after the event.

The fifth part provides a conclusion and answers the question as to what all three cases have in common, what differences exist and what future scenarios could be.

Theoretical framework and the importance of oil for the economy

Rising oil prices influence economic developments in many ways. Usually, for industrialized and oil-importing countries, they bring with them slower economic growth due to higher corporate energy costs, which results in sinking revenues and shrinking profit margins. Decreasing tax revenues are one of the outcomes. This is again, in some cases, compensated by new government loans that in turn increase the budget deficit.

But one of the main influencing factors is increasing inflation, which again can hinder economic growth. Strong inflation puts pressure on real wages to increase, which, in combination with reduced demand and sinking consumer and business confidence, can lead to higher unemployment in the short term. Due to high oil prices, non-oil demand decreases. By nature, the trade balance between countries is also affected when prices rise. Non-industrialized countries are probably more affected by price increases than industrialized economies.

Research suggests that the size of the described impact depends on the size of the price increase:

"These effects are greater the more sudden and the more pronounced the price increase and

are magnified by the impact of higher prices on consumer and business confidence".¹

Very often, the economic outcome depends on government policy responses on how to deal with the issue. Sound policy cannot eliminate the impact, but can at least minimize it. The overall mechanisms of how oil prices drive economic developments are commonly agreed upon. What is still unclear is the magnitude of these effects:

"Quantitative estimates of the overall macroeconomic damage caused by past oil price shocks and the gains from the 1986 price collapse to the oil-importing countries vary substantially. This is partly due to the differences in the models used to examine the issue."²

Among researchers, there is also some discussion about the overall relationship between oil prices and economic growth. Some authors have suggested that the relation between oil price and growth is non-linear.³

When examining the economic impact of previous oil crisis, the terms have to be defined first. In this paper, an oil crisis is defined as a sudden and significant rise in oil prices that can be caused by a disruption in oil supply or a strong increase in demand. An economic crisis is defined as a significant decrease in economic growth, which often comes with rising inflation and rising budget deficits as well as debt burden and rising unemployment. The short-term timeframe is defined as a period of up to three years, the medium-term up to ten years and the long-term exceeding ten years.

¹ IEA: Analysis of the Impact of High Oil Prices on the Global Economy, May 2004, www.iea.org

² Ebd.

³ "Nevertheless, the suggestion that oil price shocks contribute directly to economic downturns remains controversial, in part because the correlation between oil prices and economic activity appears to be much weaker in data obtained since 1985 (see Hooker, 1996)." In: Hamilton, James D.: What is an Oil Shock?, In: Journal of Econometrics, No. 113 (2003)

The big picture: supply, demand and prices in the long term

When examining the effects of previous oil crises on the economy, it is essential to take a closer look at the long-term developments of worldwide oil supply, demand and prices. The supply of oil is one of the determining factors in this issue. Firstly, because oil is a resource which is only available in limited amounts, secondly because of its geographical distribution.

Roughly 63% of all worldwide oil reserves are concentrated in the Middle East. Therefore, this region is of essential strategic importance for the oil supply of industrialized western countries.

The biggest oil reserves:

- Saudi Arabia 22.3%
- Iran 11.2%
- Iraq 9.8%
- Kuwait 8.6%
- United Arab Emirates 8.3%

Further important reserves are held by Venezuela (6.6%) and Russia (5.9%). In Libya (3.3%) and Nigeria (3%) there are also significant oil reserves. Different calculations regarding the statistical range of these resources reach from 9 to 88 years, depending on the region. While the demand for energy will rise further, the available reserves are limited. Despite new explorations in the oil sector, the discovery of new oil fields and significant technical improvements, there is a decrease in these resources.

The demand for oil has been rising significantly in recent years. According to information from the German Federal Ministry of Economics and Technology, demand for primary energy resources rose by 22.6% between 1990 and 2003. In some regions there were stronger increases than in others. Demand in Asia rose by 64.6%, in North America by 19.4% and in Europe by 13.4%.

Worldwide energy demand by region in 2003:⁴

- Asia: 37.32%
(including Middle East)
- North America: 25.53%
- Europe: 18.37%
- Former Soviet Union: 9.09%
- Africa: 5.28%
- South America: 4.38%

The biggest consumer countries in 2003 were the United States (95.5 Exajoule, EJ) and China (59.7 EJ), followed far behind by the States of the former Soviet Union (40.3 EJ), India (23.2 EJ) and Japan (21.7 EJ).⁵

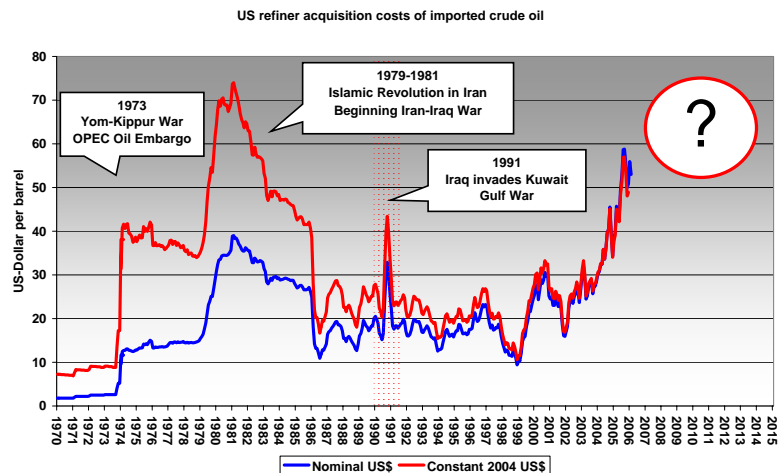
Refinery acquisition costs for US-imported crude oil (measured in current US dollars) have increased significantly since the very early 1970s from \$3 to around \$70 in May 2006. Taking a closer look at the price devel-

\$33 for a short period of time before the 1991 Gulf War.

In the 1990s, the price fluctuated below \$20 and reached its lowest point of \$10 in 1999 as a result of the financial crises in Asia. After this phase, the price strongly increased again and, after an interruption in 2001, reached a level of \$70 in June 2006.

The potential impact can be calculated when looking at the price development in constant US dollars. Following this approach, the oil price peaked at around \$80 at the end of the 70s and beginning of the 80s. After a sharp decline in between and a period of extremely cheap oil, the price climbed seven times higher and reached an "all-time-high" – even higher than the level of the second oil price shock measured in

diagram 1:
oil price in terms of US refiner acquisition costs, 1970-2006



Data: US Energy Information Agency

opment, it is very obvious that this was not a linear, but a phase-based development.

In nominal terms, the price per barrel was below \$5 until October 1973. After the "first oil shock" in 1973/74, the price rose to \$12-\$15. The next peak of \$39 was reached after the "second oil shock" in 1981. After a return to lower levels ranging from \$12 to \$18, the price again doubled to

real terms. These price developments over the last 30 years had deep impacts on economic growth, which will be examined in the next chapters.

The OPEC Oil Embargo of 1973

The economic and political environment in the early 70s

The economic situation at the beginning 1970s was characterized by different factors.

The world economy grew by around 5% on average from the end of the 60s to the beginning of

⁴ Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie: Energiedaten – Nationale und internationale Entwicklung, 16.12.2005

⁵ Ebd.

the 70s. Growth rates rose from 3.7% (1966) to 6.9% in 1972. World trade measured in world-wide exports of merchandise increased by approximately 10% per year and fluctuated from 5.7% (1967) to 12.1% (1973).⁶

In the United States, the situation was similar. After weak growth in 1970, US GDP grew by more than 5% in 1972 and 1973, with an inflation rate at a similar level.

One factor of major importance in this context is the fact that the US had very weak GDP growth in 1970 while at the same time prices were rising significantly. Politically, the early 70s were characterized by several significant developments. The Cold War between the East and the West was the major political factor shaping the environment. The increasing dominance of communist regimes in parts of the world resulted in tensions between the two power blocks, which again led the US to become strongly engaged in several regions in the world, especially in Asia. At that period of time, the USA was still engaged in the war in Vietnam, which ended in 1973 after more than 10 years.

Another unstable region was the Middle East. Aside from social and unstable political conditions in many countries, the Arab-Israeli conflict had deep political impact on the development of the whole region.

After the formation of the state of Israel, following a UN Resolution after the Second World War on the territory of the British colony Palestine, the Palestinians and neighboring countries responded with political and violent resistance. Many of the neighbors demanded the destruction of the Israeli state, with Israel facing a real threat to its existence. Since its founding in 1948, the State of Israel has encountered several violent conflicts with its neighbors.⁷ The fourth war in this

context, which not only had an impact on the region but also economic impact worldwide, started in October 1973, when Egypt and Syria attacked Israel on the most important day of Jewish celebrations, Yom Kippur.

Both wanted to get back the territory that they had lost in the Six-Day War in 1967.

The war started on October 6 with a surprise attack and had not been anticipated. While the aggressors had the upper hand in the first 48 hours, the Israeli Armed Forces were able to stop the attack. On October 22, in Resolution 338, the UN Security Council called all parties for an end to hostile activities. When the cease-fire came into force, the Syrian Armed forces on the North front were already defeated and the 3rd Egypt Army was almost completely destroyed.

Apart from Israel, Egypt and Syria, other countries also participated in the war, either actively or passively. These countries included Iraq, Saudi-Arabia, Kuwait, Algeria, Tunisia, Sudan, Morocco, Lebanon, Jordan and Libya.

The OPEC oil embargo and its impacts on the oil price

The Yom Kippur War was the trigger for the OPEC Oil Embargo in 1973. OPEC countries decided to cut off the oil supply as long as the territory occupied by Israel was not "free" and the rights of the Palestinian people were not "re-established".

Ten days after the outbreak of the war, the "Gulf Six" (Iran, Iraq, Abu Dhabi, Kuwait, SAU and Qatar) lifted the price for the Saudi Light Blend by 17% from \$3.12 to

\$3.65 per barrel and also announced cuts in production.

One day later, OPEC ministers agreed to use the dependency of industrialized Western countries from oil supply as a "weapon" and to exert pressure against "unfriendly states" by raising prices, cutting off exports and imposing embargoes.

The first country that was embargoed by Saudi Arabia, Libya and other Arab countries, was the United States on October 19 because of its political and military support for Israel (especially through the delivery of military equipment and arms, which played a key role in Israel's wars against neighboring countries). The second country to be embargoed was the Netherlands for its support of the US by providing facilities for the air force for supply flights to Israel.

On November 5, Arab Oil Ministers announced a cut in production of 25% below the September level. The embargo was also extended to Portugal, Rhodesia and South Africa. The next significant price increase in this oil crisis occurred after a meeting of the OPEC Gulf Six in December 1973, where they decided to raise the price from \$5.12 per barrel to \$11.65.

In spite of the rising prices, and since the USA not only imported oil but also had its own significant reserves, US President Nixon signed the "Emergency Petroleum Allocation Act" as a countermeasure, which allowed the Government to control petroleum production, price, allocation and marketing.

In order to cope with the enormous oil price increases and their economic impact, the United States held an energy conference in Washington in February 1974, which was attended by 13 industrial and oil-producing countries. After a common agreement, the Arab oil ministers in March announced the end of the embargo against the United States (excluding Libya) and in June and July the embargoes against all the

rejected the plans of the United Nations for the establishment of a new Israeli state in the Region, the second armed conflict was against Egypt in the Suez Crisis in 1956. The third conflict was the Six-Day War in 1967 between Israel and its Neighbors Egypt, Jordan and Syria, which started with an Israeli "pre-emptive strike" after war preparations by its enemies and ended with a victory for Israel and with the occupation of the Gaza Strip, the Sinai Peninsula, the Golan Heights and Western Jordan.

⁶ WTO World Trade Report 2005, www.wto.org

⁷ After the Independence War in 1948, where Israel was attacked by Egypt, Syria, Lebanon, Jordan, Saudi Arabia and Iraq, which

other states were lifted. There are indications that the United States would have considered military action if this oil embargo had persisted.

The cuts in overall oil production amounted to about 7% during this first oil price shock. The former level was reached in May 1974. The cuts in Arab oil-exporting countries were much higher and reached up to 25% in November 1973. Considering the important role of this particular region as an oil supplier, the impact on the price was tremendous.

shock. While the world economy still grew by 6.9% in 1973, the growth rate fell to 2.1% in 1974 and to 1.4% in 1975. It was only in the third year after the oil embargo that the world economy returned to its normal rate of growth.

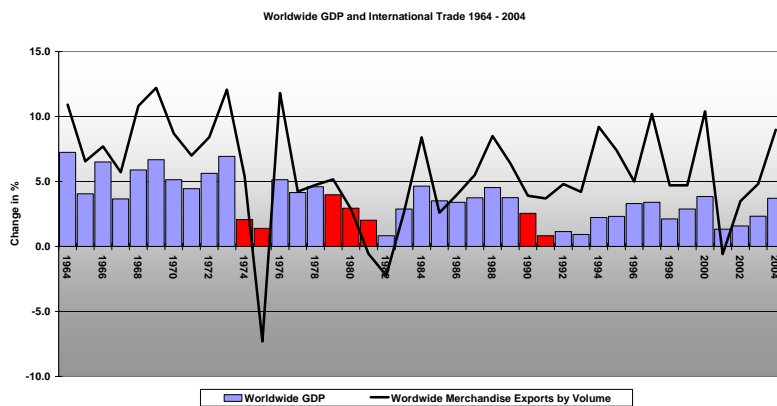
Worldwide trade also suffered significantly. After growth rates of 12% in 1973, growth was negative in the following two years at -5.4% (1974) and -7.3% (1975). Another important factor which changed significantly after the crisis was the flow of foreign direct

following year, 1976, the economy returned to its previous growth level. This development impacted upon the unemployment rate, which rose from 4.9% in 1973, peaking at approx. 8.5% in 1975. In terms of the number of unemployed people, this was an increase of more than 80%.

Another significant development was inflation, which more than tripled from 1972 to 1974 from 3.3% to 11.1% (and actually nearly doubled from 1973 to 1974). Inflation only dropped in 1976.

This oil crisis was rooted mainly in a supply cut and was followed by skyrocketing prices. The economic impact seems to have been short-term – at least in terms of GDP growth and inflation, which returned to previous levels in 1976/77. Nevertheless, unemployment remained high. Long-term effects were also caused by increasing budget deficits and the higher debt burden of the affected countries.

diagram 2:
worldwide GDP and international trade 1964 - 2004



Data: WTO World Trade Report 2005

The price of oil (measured in US refinery acquisition costs) rose significantly during this first oil price shock from \$2.59 in 1973 to \$13.06 in June 1974. This was an increase of more than 500% within 7 months. This price remained stable at a level ranging from 13 to 15 US dollars until 1979. Measured in constant dollars, the increase in the oil price was only slightly smaller (from \$8.80 in October 1973 to \$41.60 in June 1974, an increase of more than 470%).

Short and long-term impact on the world economy?

When looking at the development of the world economy, this critical event had a serious impact on the development of worldwide growth rates, international trade and foreign direct investment in particular.

Worldwide growth suffered a severe blow during this first oil price

investments (FDI). Worldwide FDI has grown steadily over the last 40 years, only with few interruptions. One interruption was the oil crisis where the annual flow was negative compared to the previous year. While the annual FDI growth reached 40% in 1973, the rate fell nearly by half in 1974. In 1976, there was a major slump of -21% compared to the previous year.

Summing up, the economic effects on the overall world economy were marked by shrinking growth rates, decreasing international trade and falling foreign direct investment.

While this is an aggregated analysis of the world economy, it is important to take a closer look at developments in individual countries. The impact on the US economy was tremendous. US GDP growth fell from more than 5.7% in 1973 to -0.5% and -0.19% in 1974 and 1975. In the

The Islamic Revolution in Iran 1979

The economic and political environment in the late 70s

The overall economic situation in the mid-seventies was still clearly determined by the aftershocks of the first oil price shock. The world economy and international trade had just recovered from the slump and grew both by roughly 4.7% in 1978. The US economy also seemed to have recovered and increased by about 5% p.a. from 1976 to 1978. The unemployment rate was at 6% after having been at more than 8%, and US consumer prices were at 7.6% after 11.1% during the first oil price shock.

The political environment was still characterized by continuing tensions in the Middle East. In Iran, which holds one of the most important energy reserves in the world, the political situation began to deteriorate particularly significantly.

Overall, the political environment of this "second oil crisis" was de-

terminated by three major factors: the fall of the Shah Regime in Iran and the Islamic Revolution in 1979, which led to the formation of an Islamic state under revolution leader Ayatollah Khomeini. The second factor was the Iranian hostage crises from 1979 until 1981 and the third was the war between Iran and Iraq from 1980 to 1988.

Political opposition in Iran, which was ruled by a monarchy under Shah Reza Pahlavi, gained more and more ground among the population in the 1970s, especially due to the difficult social conditions and the repressive system. One of the main opposition leaders, Khomeini, was in exile in Paris at that time. In spite of great dissatisfaction and the threat of social crises, the opposition demanded the end of the Shah Regime and the establishment of an Islamic state.

This led to demonstrations in Iran followed by heavy riots and labor strikes in the oil sector, which was of high importance for the economy of the country. Martial law was imposed in 1978. Due to the increasing pressure, the regime was forced to make concessions to the Islamic opposition party. At that time, the existing system had already collapsed. On January 16, 1979, the Shah left the country in exile and died one year later. Ayatollah Khomeini became "Supreme leader" of Iran.

The consequences of the revolution for oil supply, demand and price

The oil price dropped below \$15 in December 1978, shortly before the Shah was deposed. After the Islamic Revolution in January 1979, the price skyrocketed to \$30 within 1 year, which was an increase of 100% within 12 months. One major reason was a disruption in supply. Due to labor strikes and the overall political situation, the oil supply from Iran nearly came to a halt at the end of 1978. The aggregated production of Arab oil-exporting countries fell by 15% from September 1978 to January 1979. World oil

production suffered a cut of about 5%.

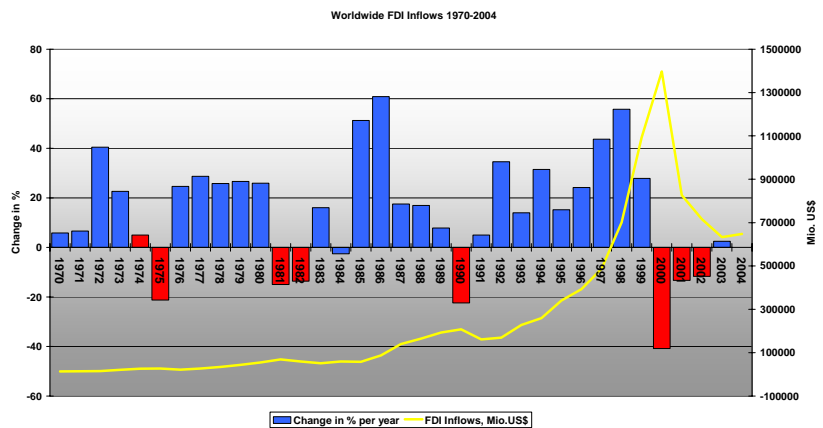
Not only the revolution itself and the fear that this could affect oil supply influenced the price on the world markets; further political developments also had an impact. In November 1979, revolution leader Khomeini called the people to demonstrate against the USA. During this demonstration, 500 revolutionists seized the US embassy in Teheran. The embassy staff was captured and 66 Americans were held as hostages.⁸ Iran demanded several measures for the release of the hostages, e.g. the extradition of the Shah from the USA to Iran and an apology from the USA for

el Arab, which had strategic importance as a waterway for the oil exports of Iran and Iraq.

The war had an impact on the oil supply of both countries – the aggregated oil supply of the Arab oil-exporting countries fell in September 1980 by 35% compared to the previous year. World oil production shrank by 12% over the same period.

During these developments, the oil price reached its peak of \$39 per barrel in February 1981. This was 160% above the level prior to the revolution in Iran. It took until May 1983 for the price to fall significantly under \$30 per barrel.

diagram 3:
foreign direct investment worldwide 1970 - 2004



Data: United Nations Conference on Trade and Development, UNCTAD

its policy towards the country. A secret USA military mission in April 1980 to evacuate the hostages failed. The hostage crisis ended with the release of all hostages in January 1981.

Meanwhile, in September 1980, neighboring Iraq attacked the country. The main reason was the struggle for dominance in the region between the two oil-rich countries. Khomeini threatened to expand the idea of pan-Islamism across the Middle East; on the other side Saddam Hussein wanted to gain influence in the region. One major point in the war was the use of the river Shatt

While the price increase in current US dollars was already significant, calculated in constant US dollars, the peak of \$39 in February 1981 is equivalent to the amount of \$73.98 constant US dollars in 2005. Given current price developments, this means that the price level of the second oil price shock has already been exceeded.

Short and long term impact on the world economy?

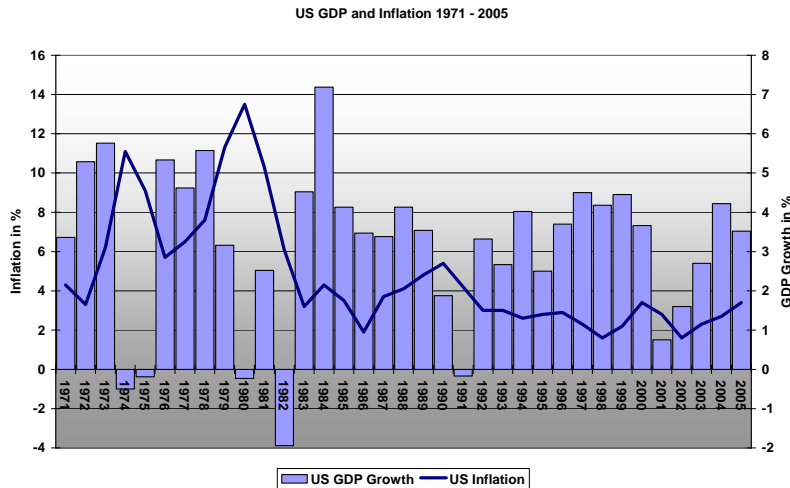
The impact on the world economy was different. Worldwide economic growth slightly decreased from 4.7% in 1978 to 4% in 1979 and reached its lowest point in 1982 at 0.8%. It was only two years later that GDP growth reached 4.6% again. International trade showed greater fluctuation,

⁸ In spite of the new Iran's anti-US policy, two days before, the US stopped its oil imports from Iran, expelled several Iranian citizens from the USA and froze some 8 billion \$US of Iranian assets in the USA..

falling from 5.2% to -3.1% in 1982 and jumping to 8.1% in 1984. Worldwide FDI flows, which grew by more than 25% in the mid-seventies and until 1980, fell by 15% in 1981 and 13.5% in 1982.

The developments had a strong impact on the United States' GDP. GDP growth fell by 0.23% in 1980 after having been at 3.1% and 5.5% in the previous years. A similar development could be observed in US private consumption, as a major pillar of the US economy. Private consumption

diagram 4:
US GDP and inflation 1971 - 2005



Data: US Bureau of Economic Analysis, Econstats

dropped by 0.28% in 1980 after growth rates of between 2% and 4% previously. Unemployment in the US rose from 5.8% in 1979 to 7.6% in 1981 and reached its peak at 9.7% in 1982. Inflation skyrocketed from 7.6% in 1978 to 13.5% in 1980.

Although the impact was significant in terms of worldwide and US economic developments, this supply- and price-driven oil shock had only short term repercussions, at least when looking at growth rates after 1982, which skyrocketed from -2% to 4.5% and 7% in the following years. At the same time, inflation could be reduced to 3.5% - 4%. Nevertheless, unemployment in the USA remained on a high level.

The Gulf War of 1991

The economic and political environment before the Gulf War

In the late 1980s, the worldwide economic environment was shaped by economic growth rates of around 4% per year and international trade of roughly 6.4% in terms of volume in 1989. Worldwide FDI increased steadily in this period.

The economic conditions in the United States were no different. While in 1988 and 1989 the economic growth rate reached 3.5% -

provinces, the real reasons were manifold.

- Oil stocks in the Kuwaiti-Iraqi border region, claimed by both nations (Iraq accused Kuwait of oil "theft").
- Weak economic conditions in Iraq, which suffered from a high financial burden following the long and costly war with neighboring Iran
- Strategic reasons⁹.

The invasion and the ensuing war had a major impact on price developments, which are to be examined in the next chapter.

Developments in oil supply, demand and price

When Iraq invaded Kuwait on August 2, 1990, the markets reacted with panic, fearing that the oil supply from Iraq or Kuwait could be threatened and that there would be an oil shortage. Furthermore, with the USA announcing that it would not tolerate this act, the fear of a war in the Gulf region impacted upon prices. And finally, given that more than 60% of the world oil reserves are concentrated in this region, the fear of a major armed conflict affecting Iraq's neighbor Saudi Arabia, which alone holds more than 20% reserves, had its effect.

The oil price thus skyrocketed from \$16.54 per barrel in July 1990 to \$32.88 in October, an increase of 100% within just two months. Oil speculations on the markets also had their effect.

While the annexation of Kuwait and the Gulf War led to a short-time price peak, the oil supply was also affected. In August 1990, the oil supply from Arab countries fell by 25%, mainly driven by the dropout of Kuwait as a supplier, and possibly also due to the trade embargo that was imposed against Iraq. While world production levels were able to offset this by November 1990,

⁹ Iraq did not have sufficient access to its own deepwater shipping ports to export its own oil. Harbors in the Iraqi coastal region were mostly unsuitable for oil tankers. The only possibility was to pump the oil through neighboring countries by pipelines, which was in turn costly. Access to Kuwaiti infrastructure might therefore also have played a role in the decision to invade Kuwait.

4%, consumer prices rose to 4.8% in 1989. Unemployment, which was at a high level of more than 9.6% in 1983, dropped to a level of 5.2% in 1989.

The political conditions in this period and at the beginning of the 90s were clearly characterized by three essential factors: the fall of the Berlin Wall in 1989, which led to the end of the Cold War between the East and the West, the transformation process of numerous socialist states in Central Europe to democracies, and the disintegration of the former Soviet Union. These developments had deep political and economic implications. Another main factor at the beginning of the 1990s was the Iraqi invasion in Kuwait in August 1990. This violent occupation had several causes. While Saddam Hussein claimed that Kuwait had always been a part of Iraq and one of the country's

oil production of the Arab countries recovered to a level that was slightly under the July 1990 mark. While monthly petroleum consumption in the US during this period seemed to be unaffected, petroleum consumption in the European OECD countries dropped only slightly until September. Seasonal factors have to be taken into consideration here.

Meanwhile, a UN coalition, led by the United States, prepared a major military operation to free Kuwait and to restore the situation. Aside from the first cause mentioned, strategic implications and the fear of a loss of the power equilibrium in the Gulf region were also factors which influenced developments.

Operation "Desert Storm" began in January 1991. With overwhelming firepower and technological superiority, the US-led coalition forces were able to restore the situation and defeat Iraqi military forces. The war ended on February 28, 1991.

The price returned to the pre-war level as fast as it had risen. In April 1991, the price reached \$18.32, only slightly higher than before the war.

Short and long-term impact on the world economy?

Worldwide GDP growth dropped in the year of the war from 2.5% to 0.8% in 1991. It remained low and only recovered to 2.2% in 1994. Worldwide merchandise exports remained stable at an annual growth rate of around 4%.

In the United States, GDP in 1991 shrank by 0.17% after a 1.9% increase in 1990. One year later, the US economy returned to growth rates of around 3%. Private consumption in the US showed a similar development. At the same time, the inflation rate, which was at 5.4% before the war, shrank slightly to 3% until 1992. The unemployment rate rose from 5.6% in 1990 to 7.5% in 1992. FDI inflows were negative from 1990 to 1992.

The effects can be assessed in the short term. The US had a

slightly lower growth level than before. Unemployment remained a concern.

Conclusions: another oil price shock ahead?

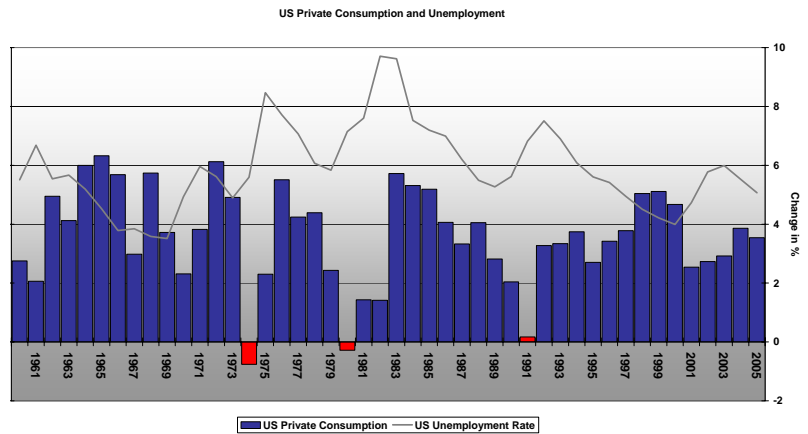
When looking at the three past crises and their consequences, and assessing their causes, several parallel points can be observed.

What all three crises have in common is that they are not really rooted in economics in a narrow sense of supply and demand, but to a larger extent in politics. The first oil crisis was triggered by the Yom-Kippur War, the second by

which can have mid- to long-term implications).

Oil price developments since 2003 have spurred a discussion about a "new oil crisis", which would be different from previous crises, because it would not be supply-driven, but mainly demand-driven, especially by China and India. Demand from these two countries has indeed significantly increased and has largely contributed to the high prices. When taking a closer look at the oil-price developments since 2003, however, it becomes obvious that other factors also led to this strong price increase.

diagram 5:
US private consumption and unemployment 1960 - 2005



Data: US Bureau of Economic Analysis, Econstats

the revolution in Iran and the war with neighboring Iraq, and the third oil price peak examined was triggered by the annexation of Kuwait and the Gulf War.

These led to pressure on supply, market mechanisms and to a certain extent psychological factors that influenced the oil price.

The outcome was also similar, depending on the size of the price increase and its duration: declining GDP, increasing inflation and rising unemployment, not to mention budgetary effects. These effects are complex but apparently of short duration, at least in most cases. It has to be mentioned that this does not necessarily imply an assessment about the magnitude of the effects (especially when it comes to budgetary effects,

Since the price of oil is not only driven by supply and demand, but to a large extent by psychological factors, it is clear that good or bad news about the 'hot spots' mentioned below influenced the market.¹⁰

Political developments which also had major impact on the price over the last three years were for example the 2003 war in Iraq, which was followed by instability, increasing terrorism and attacks

¹⁰ Some financial analysts warn that the current oil price of \$70 is overvalued. A decline in worldwide economic growth (which is likely for many reasons) would lead to lower demand and in turn to a significantly lower oil price than today. This seems possible in the short term. In the long run, however, the price will rise because resources are limited and demand will increase, despite improving technology for more efficient exploration and use of energy.

on oil infrastructure as well as terror activities in Saudi Arabia (Khobar) which targeted the oil industry of the world's biggest oil supplier. In a region where the world's main oil reserves are concentrated, and in conjunction with the declared strategy of the terror organization Al-Qaida to target oil infrastructure in the global jihad, these developments also undoubtedly impacted upon the market.

Other issues included the tensions in Nigeria, at present the largest oil producer in Africa and which suffered from attacks on its oil installations by rebel groups, as well as tensions between the USA and Venezuela, which provides about 15% of US oil imports and was threatening to cut them off.

The latest issue is the crisis with Iran about its nuclear program. It is unclear how this complex issue will be solved. Iranian leaders have very openly threatened to use the "oil weapon" in the event of any action against the country, drawing parallels with the first and second oil price shocks.

In light of the above-mentioned factors, in the medium to long term, it is more likely than not that political developments in or in connection with one or more oil supplier countries, especially in the strategically-important Middle East, could lead to a new politically-triggered oil crisis.

*Dipl.-Staatswiss. Pascal Ditté
Dr. Peter Roell, Berlin*

Dipl.-Staatswiss. Pascal Ditté served as an Intelligence Analyst in the Federal Armed Forces and works on a project about the impacts of security-related political risks on international business. www.projekt-sia.de

Dr. Peter Roell is President of the Institute for strategic, political, security and economic consultancy (ISPSW) in Berlin, Germany. www.ispsw.de

Opinions expressed in this contribution are those of the individual authors.

THEMEN

Lateinamerika im 21. Jahrhundert

Die politische Realität Lateinamerikas am Beginn des 21. Jahrhunderts

In Lateinamerika erfolgt in nahezu regelmäßigen Abständen ein relativ radikaler politischer Systemwechsel von links nach rechts oder umgekehrt. Die linksorientierten Regierungssysteme waren und sind stärker ideologisch, oft autoritär, aber auch demokratisch geprägt, während die konservativ orientierten Regierungssysteme weniger ideologisch, jedoch nicht weniger autoritär, aber pragmatisch und auch demokratisch ausgerichtet waren und sind.

Die linksorientierten Regierungssysteme führten sehr oft zu einer Verschlechterung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Situation der betreffenden Länder, während die konservativ orientierten Regierungssysteme zwar die politische und ökonomische Situation in den betreffenden Ländern wesentlich verbesserten, die Sanierung der Sozialsysteme und die Reduzierung der Armut jedoch sträflich vernachlässigten.

Sowohl die linksorientierten wie auch die konservativen Regierungssysteme beruhen auch heute noch auf dem Klientelsystem und der Patronagenwirtschaft. Dadurch werden in beiden globalen Regierungssystemen nur bestimmte Gruppen bevorzugt bzw. reich, während in beiden Systemen die Armen nur geringe Beachtung bzw. nur aus Propagandazwecken Aufmerksamkeit finden. Deshalb kommen auf beiden Systemseiten meistens nur Populisten an die Macht, die vieles versprechen, aber nur wenig umsetzen und ungewollt den nächsten Wechsel im Regierungssystem schon wieder vorbereiten.

So werden auf beiden Seiten wenige immer reicher und die Masse immer ärmer. Politische Parteien dienen bestenfalls als

Wahlplattform für einen Caudillo und können weder im linken noch im rechten Regierungssystem wirkliche Bewegungen hervorrufen noch Programm- oder Ideologieparteien werden.

Bei der Dominanz dieser beiden Regierungssysteme stellt sich die Frage: wer ist in Lateinamerika links bzw. sozialistisch oder rechts bzw. konservativ? Die Antwort ist verblüffend. Denn in Lateinamerika zählt sich nur eine Minderheit zu denen, die aus tiefer Überzeugung den Linken oder den Konservativen folgen. 4/5 der Bevölkerung

- verstehen "Macht" (Regierung) als Verteilung des Reichtums (aktive Mitläufer),
- fühlen sich als Fähnchen im Wind (passive Mitläufer),
- sind die Frustrierten der Wirklichkeit (Betroffene) oder
- die Gleichgültigen.

Sie alle stellen die wesentliche Ursache für den ständigen Wechsel der Regierungssysteme nach links bzw. rechts dar. Auch ordnen sich die meisten Politiker dieser Systematik unter, da in dieser Systematik Staat mit Macht gleichgesetzt wird, Macht regiert und Geld Einfluss bedeutet. Deshalb kann sich jeder Politiker, ist er erst einmal an der Macht, alle Institutionen, ja den Staat selbst, so zurechtrücken wie er sie bzw. ihn braucht, um seine Interessen durchzusetzen. So reduziert sich das Phänomen der linken und rechten Regierungssysteme auf ein bloßes Instrument der Machtergreifung (oft um jeden Preis) und der Machterhaltung (oft mit allen Mitteln).

Es gibt drei Wege zum Machtgewinn, die beim linken und beim konservativen Regierungssystem ähnlich verlaufen:

- Der erste Weg ist einerseits charakterisiert durch die gewaltsame und ideologisch orientierte Revolution wie in Kuba und andererseits gekennzeichnet durch den gewaltsamen militärisch orientierten Putsch wie in Chile. In beiden Fällen endet der Weg in der Diktatur. Die Verfassungen

werden von einer kleinen Gruppe so verändert, dass die Macht auf Dauer bei der Revolution liegen kann. Die Machterhaltungsstrukturen der linken Diktatur sind jedoch direkter, nachhaltiger, rücksichtsloser und langlebiger.

- Der zweite Weg ist der demokratische Weg, bei dem eines der beiden Regierungssysteme durch demokratische Wahlen an die Macht kommt, sich die Verfassung und die Institutionen nicht unterordnet, sich dem Wettbewerb stellt und durch demokratische Wahlen wieder abgewählt werden kann. Dem Klientelssystem und der Patronagenwirtschaft bleiben aber auch sie treu.
- Beim dritten Weg schürt eines der beiden Lager die bereits vorhandene Unzufriedenheit der Bevölkerung durch rücksichtslose und aufrührerische Massendemonstrationen zur Schwächung der Regierung und Destabilisierung der Gesellschaft. So werden Neuwahlen erzwungen, die sie dann demokratisch legitimiert an die Macht bringen. Dann werden mit viel Geld und scheindemokratischen Mitteln Verfassung und Institutionen so manipuliert, dass dieser Weg Schritt für Schritt in der Diktatur endet.

**Das Phänomen Chávez:
Venezuela als Beispiel für den dritten Weg der Machtergreifung in Lateinamerika**

Chávez ist über eine Variante des dritten Weges 1998 in Venezuela an die Macht gekommen. Seitdem hat er durch Manipulation der Wahlen, eine neue Verfassung, die Aushöhlung und Auflösung der bestehenden Institutionen sowie durch Neugeschaffene, ihm allein unterstellter Institutionen und sozialer Gruppierungen die Grundlagen für seine "bolivarianische Revolution", den "Sozialismus des 21. Jahrhunderts", gelegt. Mit den Präsidentschaftswahlen im Dezember 2006 will Chávez dieses Projekt in Venezuela abgeschlossen haben. Die letzten Wahlen (die Parlamentswahlen im Dezember 2005) zeigten jedoch die Schwächen des Sys-

tems Chávez auf. Bei 14,3 Millionen Wahlberechtigten

- enthielten sich 10,7 Millionen Venezolaner (74,8% der Wahlberechtigten),
- gaben 206.000 ungültige Stimmen ab (1,4% der Wahlberechtigten),
- stimmten 3,4 Millionen Venezolaner (94,3% der abgegebenen Stimmen), d.h. nur 23,8% der Wahlberechtigten, für Parteien aus dem Umfeld von Chávez.¹¹

Die insgesamt hohe Ablehnung von Chávez bei diesen Wahlen (75%) ist

- einerseits auf die Repressalien zurückzuführen, denen diejenigen ausgesetzt sind, die auch nur den Anschein erwecken, nicht für Chávez zu sein (Entfernung aus dem Staatsdienst, Nichtberücksichtigung bei den Vergünstigungen durch die Misiones (Sozialprogramme), etc.),¹²
- und andererseits auf die relativ geringe Gefolgschaft von Chávez in der Gesellschaft.

So sind von den 24% der Wahlberechtigten, die Chávez wählten,

- ca. 1/3 stramme Castrokommunisten unter der Führung von Vizepräsident Rangel, die Chávez nur als Vehikel zur Macht brauchen,
- ca. 2/3 Opportunisten, die sich aus finanziellen, wirtschaftlichen, politischen oder persönlichen Gründen von Chávez abhängig gemacht haben.

Doch auch unter diesen und noch mehr in der Bevölkerung ist die Unzufriedenheit über das Regime groß, weil unter Chávez

- viele Milliarden Ödollars im Ausland versickern,
- die Arbeitslosigkeit zugenommen hat,
- die Inflation stark gestiegen ist,
- die Korruption immer weiter zunimmt,¹³
- die Wirtschaft und die Infrastruktur verkommen sind und
- der Staat tatenlos dieser Entwicklung zuschaut.¹⁴

Mehr als die Hälfte der Venezolaner lehnt Chávez ab, nahezu ein Drittel ist an Politik desinteressiert.¹⁵ Trotzdem raubt Chávez durch die Kontrolle über die Wahlmaschinen der Opposition ihre Wähler und einen möglichen Wahlsieg, wie sich das bei der Parlamentswahl in Dezember 2005 deutlich gezeigt hat. Trotzdem kommt es immer wieder zu spontanen oppositionellen Demonstrationen.¹⁶ Und obwohl Chávez das Militär entprofessionalisiert, politisiert und korrumpiert hat, sowie jene, die eine abweichende Meinung äußerten, einsperrte und vertrieb, kommt es auch dort immer noch zu Unruhen.¹⁷

Durch all diese Vorkommnisse und vor allem im Finanzbereich spürt Chávez, dass das Zeitfenster zur Umsetzung seiner "Ideale" immer enger zu werden droht. Deshalb hat er sich für die Präsi-

¹¹ Die wichtigsten Oppositionsparteien hatten zum Wahlboykott aufgerufen und waren selbst nicht zur Wahl angetreten.

¹² Viele verloren ihre Arbeitsplätze beim Staat, den Provinzbehörden, dem Militär, anderen staatlichen Institutionen und Privilegien bei den Misiones, da die Wahlbehörden die elektronischen Wahlmaschinen auswerteten. Dies wurde dann auch noch so gestreut, dass jeder Angst bekam, "erwischt" werden zu können, und deshalb zu Hause blieb oder dann eben Chávez und seine Partei wählte.

¹³ Auch die so genannten bilateralen Wirtschaftsabkommen dienen lediglich der Korruption.

¹⁴ 55% sind der Meinung, dass jetzt alles viel schlechter als vor 8 Jahren beim Amtsantritt von Chávez sei. 18% meinen, dass jetzt alles viel besser sei als damals. 27% haben keine Meinung.

¹⁵ Alle sind sie jedoch durch die subtilen Unterdrückungs- und Ausgrenzungsmethoden des Systems Chávez eingeschüchtert (Stockholmsyndrom).

¹⁶ Chávez erklärt in diesem Zusammenhang immer wieder, nicht er trage Schuld am Versagen der Verwaltung, sondern die Verwaltung selbst. Die sporadisch durchgeführten "Säuberungen" zeigen aber weder in der Verwaltung noch in der Bevölkerung Wirkung.

¹⁷ Erst im Februar 2006 hat Chávez in einer seiner 5-6 Stunden dauernden Fernsehsendungen "Alo Presidente", die alle Fernsehsender übertragen müssen, geäußert, dass diejenigen Militärs, die mit ihm nicht einverstanden seien, von selbst verschwinden sollten oder aber er lasse sie verschwinden. Er bezeichnete alle seine Gegner als Vaterlandsverräter und "Bushitos".

dentschaftswahlen im Dezember 2006 zwei Ziele gesetzt:

- 10 Mio. Stimmen (knapp 70% der Wahlberechtigten) für seine Person und
- die endgültige und abschließende Verwirklichung seines Projektes eines "Sozialismus des 21. Jahrhunderts" in Venezuela.

Damit sieht er seine radikale Revolution abgeschlossen. Da er dieses Ziel auf demokratischem Weg nie erreichen kann, versucht er zurzeit alle Sektoren der Gesellschaft (Parteien, Wirtschaft, Banken, Sozialsysteme, Zivilgesellschaft, Medien, usw.) gleichzuschalten, sich die Wahlkommission noch direkter zu unterstellen und die elektronischen Wahlmaschinen als Kontrollorgan gegen mögliche Nicht-Chávezwähler zu verfeinern. Der Kampf um die Macht richtet sich gegen die, die ihm auf dem Weg zur totalen Kontrolle des Landes im Wege stehen. Die Auseinandersetzungen werden daher immer repressiver und nehmen autoritäre, gefährliche, aber auch groteske Züge an. Gleichzeitig verliert Chávez immer mehr den Bezug zur Wirklichkeit in seinem Land:

- Trotz riesiger Einnahmen aus dem Ölgeschäft sind die Schulden der staatlichen Sozial- und Krankenversicherungen durch das Ausbleiben der staatlichen Beiträge auf astronomische Höhen gestiegen.
- Das Land lebt von Ölexporten, konsumiert ausländische Waren, baut aber gleichzeitig Arbeitsplätze ab und verwendet (staatlich wie privat) nur einen Bruchteil des Budgets für Investitionen.
- Die Wirtschaft und vor allem die Ölproduktion würden jedoch Investitionen von jährlich mindestens 25% des BIP benötigen.

All dies zeigt, dass auf Venezuela in 2007, also nach den Präsidentschaftswahlen im Dezember 2006, trotz der hohen Ölpreise ernsthafte Schwierigkeiten zukommen werden. Sollte der Ölpreis nur geringfügig fallen, stün-

de Venezuela 2008 vor einer finanziellen Katastrophe, da dann auch die marode Ölfördertechnik kollabieren wird.

Viele prophezeien daher, dass Chávez die Wahlen im Dezember 2006 knapp gewinnen wird, weil er sie über die elektronischen Wahlmaschinen, Einschüchterungen der Wähler und den Nationalen Wahlrat zu manipulieren versteht. Das Jahr 2007 wird dann allerdings, so scheint es, seinen Abstieg einleiten, da er jeden Bezug zur Realität verloren hat, sich als Inkarnation von Simon Bolivar betrachtet, alle Entscheidungen selber trifft und glaubt, mit der Welt genauso spielen zu können wie mit Venezuela. Diese Hybris wird Chávez letztlich zu Fall bringen. 2007 wird sich auch die Opposition auf Grund der steigenden Unterstützung aus der Bevölkerung neu formieren und den Fall von Chávez beschleunigen. Doch bis dahin werden die Wirkungen seiner Politik für Venezuela katastrophal sein.

Das Phänomen Chávez als Problem Lateinamerikas und darüber hinaus

Chávez fühlt sich als Reinkarnation Simon Bolivars, als der Befreier der Lateinamerikaner des 21. Jahrhunderts. Er hat die Vision, ganz Lateinamerika gegen die freie Welt (USA, EU) zu vereinen. Dazu verbündet er sich weltweit mit radikalen Regimes (Ölbündnis mit dem Iran und anderen radikalen Ländern) und strebt wie diese den Besitz von Atomwaffen an und rüstet seine Truppen auf (U-Boote, Flugzeuge, schweres Kriegsgeschütz, Raketen, Handfeuerwaffen, etc.). Er hat 2005 insgesamt 22 Mrd. US\$ zur Durchsetzung seiner Ziele in Lateinamerika und weltweit investiert.

- So hat er unter anderem den Wahlkampf von Evo Morales in Bolivien mitfinanziert.
- Er hat Millionen in die Befriedung von besitzlosen Landarbeitern in Brasilien und von verarmten Argentinern investiert, Staatsschuldscheine aufgekauft, um den Regierungen dieser Länder zu helfen

(und doch selbst an den argentinischen Staatsschuldscheinen verdient).

- Er hat viele Staaten mit verbilligtem Öl versorgt.
- die Ausschreitungen im Süden der USA, Demonstrationen der armen Landarbeiter in Brasilien oder des verarmten Mittelstandes in Argentinien mitfinanziert, um so innenpolitischen Druck auf diese Regierungen auszuüben.

Er wird dies auch 2006 nicht unterlassen, da in diesem Jahr nicht nur in Venezuela gewählt wird, sondern auch in Kolumbien¹⁸, in Peru, in Ecuador, in Paraguay, in Mexiko und in Nicaragua und er mit Hilfe seiner Anhänger in diesen Ländern außenpolitische Erfolge braucht.

2006 wird ein entscheidendes Jahr für Lateinamerika und für Chávez. Überall unterstützt er radikale Kandidaten, die sich seiner bolivarianischen Revolution zur Errichtung seines Sozialismus des 21. Jahrhunderts verschrieben haben. Seine Strategie ist in all diesen Ländern dieselbe, wie er sie selbst in seinem Lande angewandt hat (s.o.). Zur Zeit versucht er in Bolivien, mit Hilfe von Evo Morales und kubanischen wie venezolanischen Instrukteuren, seine Revolutionsstrategie weiter umzusetzen. Bolivien ist durch die Unruhen der letzten Jahre und mit Hilfe der Kokabauern, die Evo Morales unterstützt, wieder zum größten Kokaproduzenten Lateinamerikas herangewachsen. Mit Koka und Gas aus Bolivien versucht Chávez gegen die USA vorzugehen und Brasilien und Argentinien gefügiger zu machen. Mit den zusätzlichen Mitteln aus den ertragreichen Gasgeschäften verfügt Chávez über weitere Mittel für seine weltumspannenden Aktivitäten. Auch versucht er überall in Lateinamerika die Linken zu mobilisieren und die Konservativen zu destabilisieren. Wenn Chávez in Lateinamerika und in der Welt gestoppt werden

¹⁸ Bei den Wahlen erlitten Parteien, die Chávez unterstützte, herbe Niederlagen. Uribe hat nun in beiden Kammern des Parlaments eine absolute Mehrheit.

soll, kann dies jedoch nur in Venezuela beginnen. Außerdem müssen die USA, aber auch die EU, ihre momentane Lateinamerikapolitik einer eingehenden Überarbeitung unterziehen. Denn ohne das Desinteresse der USA und das entfernte Interesse der EU an Lateinamerika wäre Chávez nicht möglich gewesen.

Dr. Rainer Gepperth, München

Dr. Rainer Gepperth ist Leiter des Instituts für Internationale Begegnung und Zusammenarbeit der Hanns-Seidel-Stiftung. Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Verfassers wieder.

IMPRESSUM

Denkwürdigkeiten

Journal der
Politisch-Militärischen
Gesellschaft e.V.

Herausgeber
Der Vorstand der **pmg**

Redaktion
Ralph Thiele (V.i.S.d.P.)
Tel.: 0173-5497942
E-Mail: info@pmg-ev.com
Webseite: www.pmg-ev.com

Die **Denkwürdigkeiten** erscheinen mehrfach jährlich nach den Veranstaltungen der **pmg**.

